

Das Prinzip Stichprobe

Schärfere Zollkontrollen könnten dem Staat mehr Geld bringen. Aber allzu fleißige Beamte werden ausgebremst.

Von Helmut Lorscheid

Wirtschaftsfreundlich will der Zoll sein und auf keinen Fall den freien Warenverkehr behindern. Deshalb finden Zollkontrollen am Frankfurter Flughafen nur „stichprobenartig“ statt — also sehr selten. Oder gar nicht. „Wenn keiner dasteht, ist das eine Form der Stichprobe“, erläuterte Hartmut Neßler, Chef der Flughafenzöllner, vor kurzem auf einer Pressekonferenz. Sein Ausspruch ist mittlerweile ein geflügeltes Wort unter den Zollkollegen. Wenn jemand eine Pause macht, bezeichnet er diese neuerdings gern als „Stichprobe“. Und Pausen gibt es offenbar viele. Zöllner berichten, sie dürften die für manch alteingesessene Unternehmen bestimmte Ware nur dann kontrollieren, wenn ihre Vorgesetzten nicht anwesend seien. Erfahrene Beamte schätzen, dass bundesweit allenfalls ein halbes Prozent der gewerblich eingeführten Waren überprüft werden. Im Personenverkehr dürfte die Kontrollquote noch geringer sein. Der offiziellen Statistik zufolge betragen die Einnahmen im vergangenen Jahr 1,3 Milliarden Euro. Die Summe würde bei schärferen Kontrollen wahrscheinlich steigen. Jedoch: „Wir können nicht überall sein, sonst machen wir die Wirtschaft kaputt“, hält Zollamtschef Neßler dagegen.

Im Hafen werden meist nur leere Container überwacht

Allzu fleißige Zollbeamte werden schon mal ausgebremst. Zum Beispiel durch die für Frankfurt zuständige Oberfinanzdirektion Koblenz, die derzeit versucht, einen Mitarbeiter aus dem Dienst zu entfernen. Der Beamte hatte bei einer Kontrolle aufgepasst, noch während der Nachtschicht Bundes- und Zollkriminalamt (ZKA) alarmiert und auf diese Weise die Ausfuhr von Hochleistungsschaltern nach Iran verhindert. Nach Auffassung des ZKA hätten diese auch für den Bau von Atom-waffenzündern verwandt werden können.

Das ZKA lobte den Einsatz des Beamten sogar öffentlich. „Das ist eigentlich unser erklärtes Ziel, dass versucht wird, diese Dinge bereits im Vorfeld aufzudecken. Und das konnte durch die Aufmerksamkeit hier der Kollegen oder des Kollegen am Frankfurter Flughafen tatsächlich verhindert werden“, sagte ZKA-Sprecher Leonhard Bierl im ZDF.

Doch was das Zollkriminalamt lobte, war für die von Präsident Alfred Basenau geführte Oberfinanzdirektion Koblenz einer von mehreren Kündigungsgründen. Sie warf dem Beamten in einem Schreiben vor, er habe „... vorsätzlich bzw. zumindest grob fahrlässig (seine) dienstlichen Kompetenzen durch eigenmächtige Korrespondenz mit Bundeskriminalamt, Zollkriminalamt ohne die zuvor erforderliche Einschaltung der Schicht- bzw. Abfertigungsleitung überschritten“. Erst als Medien berichteten, wurde dieser Vorwurf zurückgezogen.

Anonyme Beschwerden über zunehmendes Mohbing

Das Ministerium stellt sich schützend vor die Frankfurter Amtsleitung. Noch Ende Mai schrieb Karl Diller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, dem über die Zustände in Frankfurt wohl informierten hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch: „Vorausgesetzt sei, dass sämtliche Vorwürfe gegen die Leitung des Hauptzollamts Frankfurt am Main anonym erhoben werden. Dies hindert die Verleumdeten und die Verwaltung einerseits daran, gegen die Informanten rechtliche Mittel mit dem Ziel der Unterlassung zu ergreifen, ermöglicht diesen aber andererseits in der Öffentlichkeit allgemein den Eindruck zu erwecken, es handele sich bei ihnen um eine Vielzahl von Betroffenen, denen es um die Sache gehe und nicht um Einzelne, die persönliche Revanche an einem Vorgesetzten nehmen ...“ Nach Auffassung Dillers basieren auch „sämtliche Medienberichte auf den anonymen Informationen aus einem kleinen Personenkreis, der im Wesentlichen aus Beamten des Hauptzollamtes Frankfurt a. M.-Flughafen besteht, gegen die wegen Dienstpflichtverletzungen bzw. Verstoßes gegen Geheimhaltungspflichten disziplinarisch ermittelt wurde oder wird“.

Nicht nur in Frankfurt, auch in anderen Teilen Deutschlands ist der Zoll ins Gerede gekommen. „In den letzten acht Jahren wurden insgesamt zwei Container intensiv überprüft“, berichtet ein Zollbeamter aus Norddeutschland. Im Neustädter Hafen in Bremen werden nach Möglichkeit meist nur leere Container kontrolliert, während volle in der Regel geschlossen bleiben. Und wenn das mal anders ist, wird auch nur „von Fall zu Fall“ nachgeschaut, ob die in den Zollerklärungen angegebene Ware mit dem Inhalt der Container übereinstimmt.

Ein Beamter aus Bremen sagt, er habe in den letzten zwei Jahren nicht einmal erlebt, dass ein beladener Container geöffnet und kontrolliert worden sei. Vorgesetzte bestätigen die „fast vollständige Leer-Kontrolle“ und lediglich „stichprobenartige“ Überprüfung voller Behälter. Der Zoll sei schließlich eine wirtschaftsfreundliche Behörde, man könne doch nicht jeden Lkw kontrollieren.

So lasch Lastwagen und Container bisweilen überprüft werden, so sorgfältig sind manche Zöllner bei der Kontrolle der eigenen Kollegen. In Frankfurt besteht nach Angaben dort tätiger Beamter ein dichtes Überwachungssystem. Wer seine Vorgesetzten laitiere, dem drohe ein Disziplinarverfahren. Und in der Oberpfalz hatte ein örtlicher Personalrat und Funktionär der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) eine ganz besondere Liste erstellt. Auf ihr standen die Namen von 15 Beamtinnen und Beamten, die sich eine neue Tätigkeit beim Zoll suchen mussten, weil sie an den Außengrenzen nicht mehr gebraucht wurden. Sie hatten sich daher beim Zollfahndungsamt München beworben. An einen dort tätigen BDZ-Mann aber schickte der Funktionär seine Liste als private Mail. Inzwischen sorgt sie als „Spitzeldatei“ für Zoff. Verständlich, hatte der Absender doch neben der Nennung von Namen, Dienstgrad, bisheriger Tätigkeit sowie Mitgliedschaft im BDZ einige Kollegen herabgewürdigt. So hieß es über einen Beamten aus dem Zollkommissariat Waidhaus: „War BDZ-Mitglied. M.E. nicht für den Fahndungsdienst geeignet. Bei PR (Personalratswahlen, *Anm. • d. Red.*) nicht gewählt.“ Über einen Beamten aus Waldmünchen heißt es in der Liste: „War BDZ-Mitglied. Ohne ersichtlichen Grund ausgetreten. War bereits im GdP-Forum aktiv.“ Dabei ist das GdP-Forum vielleicht der einzige Platz, an dem die Mitarbeiter des deutschen Zolls offen diskutieren können — allerdings ohne ihre Namen zu nennen. Gemeint ist das Internet-Forum der Gewerkschaft der Polizei. Oberfinanzpräsident Basenau aus Koblenz greift die Diskussionsteilnehmer deshalb scharf an. Einige versuchten, „unter dem Deckmantel der Anonymität die Medien für die Verfolgung eigener Interessen zu instrumentalisieren“. Dass die Ministerialbürokratie von den Beiträgen im Forum nicht begeistert ist, verwundert kaum. Schließlich beschwerten sich die Teilnehmer über im Dienst alkoholisierte Vorgesetzte genauso wie über zunehmendes Mobbing gegenüber Nicht-BDZ-Mitgliedern. Und immer wieder über die nach ihrer Ansicht nach unzureichenden Gepäck- und Frachtkontrollen.